

asta information

22. mai 1968
nummer 23

johann wolfgang goethe-universität
frankfurt-m jügelstraße 1 ruf 0611-7983182

STREIK

Auf Initiative des LSD kamen am letzten Samstag Studenten verschiedener politischer Hochschulgruppen im Studentenhaus zusammen, um gemeinsam mögliche Kampfmaßnahmen gegen die Notstandsgesetze zu beraten. Man einigte sich darauf, ein Komitee zu bilden, das von den linken Studentenverbänden getragen wird. Zur Mitarbeit waren LSD, SHB und SDS bereit. Daneben waren noch eine Reihe unabhängiger Fachschaftsvertreter gekommen sowie eine größere Zahl von Studenten, die keiner Organisation angehören. Inzwischen ist eine ständige Zentrale des Komitees im ASIA ein-

gerichtet worden. Dort sind Mitglieder des Komitees ständig zu erreichen (Telefon 7983186). Jeder, der bereit ist, aktiv am Kampf gegen die Notstandsgesetze teilzunehmen, ist aufgerufen, sich beim Streikkomitee zu melden. Zunächst wurden Teach-ins durchgeführt, die zur Vorbereitung auf das Teach-in am heutigen Mittwoch dienen sollten. Heute um 16 Uhr wird auf einem Teach-in über Streikmaßnahmen diskutiert werden. Es wäre gut, wenn Vertreter der verschiedensten politischen Meinungen dort erscheinen würden. Während der Veranstaltung wird über Kampfmaßnahmen abgestimmt werden.

Aufruf des Streikkomitees Uni Frankfurt

Die zweite Lesung der Notstandsverfassung hat erneut gezeigt, daß die große Mehrheit der Abgeordneten sich den Argumenten der Gegner einer Notstandsverfassung mit ihren wahren gesellschaftlich-politischen Implikationen im Ernst nicht stellt. Die Behauptung, alle Argumente seien gründlich erörtert worden, wird schon allein durch die späte Vorlage der Fassung des Rechtsausschusses am Freitag, dem 10. 5. 1968, widerlegt; denn die Abgeordneten konnten die Konsequenzen der Änderungen in der kurzen Zeit unmöglich genau durchdenken.

Die Verweigerung der namentlichen Abstimmung und die Vorverlegung der dritten Lesung auf voraussichtlich Mittwoch, den 29. 5. 1968, lassen bezweifeln, daß eine Rückbesinnung auf den demokratischen Gehalt des Grundgesetzes von seiten der Abgeordneten noch möglich ist. Die Zukunft der Demokratie in Deutschland erfordert gegenüber der akuten Gefahr einer Aushöhlung der verfassungsmäßigen Grundrechte energischen Widerstand.

In diesem Stadium vermögen rein verbale Proteste nicht mehr die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern. Die Unterzeichner halten daher den Streik vor und während der dritten Lesung dieser Gesetze für gerechtfertigt und erklären sich bereit, für seine Durchführung einzutreten.

Student und NS-Gesetze

Zwei Tage vor Beginn der Lesung im Bundestag kann der FAZ-Leser (Auflage knapp 300 000) den NS-Gesetzentwurf einsehen, vier Tage vorher ein MdB. Knapp zwei Wochen nach der 2. Lesung soll die 3. folgen. Sehr plötzlich alles: Kaum daß man sich des eigenen „Manifests der Hochschulen gegen die Notstandsgesetze“ erinnern kann (30 000 Studenten unterzeichnen, davon über 5000 in Frankfurt, außerdem Hunderte Professoren und Assistenten). Schon vorgeschrieben, daß die Arbeiter, die lohnabhängige Bevölkerung am härtesten von Notstandsgesetzen betroffen wären. Eine gesamtgesellschaftliche „Formierung“ mit dem Ziel der Leistungsmaximierung ohne freilich einen einheitlichen Plan, um dessen Leistung erforderlich wäre oder rechtfertigbar, braucht Dienstverpflichtung als gesellschaftliches Instrument. Studenten, die sich gegen die Notstandsgesetze engagieren, wollen den Arbeitern helfen, mit den von der augenblicklichen Verfassung noch garantierten Mitteln für geringere Abhängigkeit zu kämpfen. Sie haben aber auch selbst ein Interesse an der Erhaltung des Status quo, des gar nicht utopischen, in Er-

innerung an die bürokratisch gedeckte Polizei in Berlin und in Frankfurt an Ostern: Für jede direkt demokratische Regierung kann es in Zukunft nur schlimmer kommen. Was tun? Noch eine weitere freundlich rot beflaggte Demonstration wie in Bonn? - Welchen Sinn konnte und kann ein Streik an der Universität haben?: Die Universitätsangehörigen zeigen, daß sie sich nicht ohne Reibungsverluste in einen Betrieb, der technologisch verwertbares Wissen produziert, einplanen lassen wollen; sie geben den Arbeitern die von ihnen Gewerkschaftsfunktionen des politischen Streiks entlehnt wurden, ein Beispiel; sie zwingen den einzelnen mausgrauen, politisch indifferenten, Studenten und Professor, sich endlich und zum erstenmal politisch zu entscheiden, wobei die linken Studentengruppen die solche Entscheidungen erzwingen, davon ausgehen, daß der Schritt vom unpolitischen Studenten zum politisierten Studenten größer ist als der vom zunächst nach rechts verprellten zum linken. Denn wer jetzt sein unbestrittenes Recht individuellen freien Zugangs nicht zurückstellt, entscheidet sich für die NS-Gesetze. Auch wenn es rechten Schlägertrupps gelang, durch die Streikpostenkäthen



Das Aktionskomitee „demokratischer“ Studenten

Das „Aktionskomitee Demokratischer Studenten“ ist eine der neuesten Erfindungen der studentischen Rechten, die es schon lange nicht mehr wagt, offen als reaktionär aufzutreten. Teile des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) gründeten zusammen mit Vertretern der Gruppe Aktive Hochschulpolitik (AHP) und Teilen der Arbeitsgemeinschaft Frankfurter Korporationen (AFK) dieses dubiose Komitee. Zunächst wußte niemand, wer sich dahinter verbarg. Nur nach mühsamen Recherchen konnte am Montag festgestellt werden, wer alles beteiligt war. Das kam zum Teil daher, daß maßgebliche Vertreter der beteiligten Gruppen oft nicht über die Gründung informiert wurden. So Herr von Freyberg, Vertreter des RCDS im Studentenparlament, und Herr Mees (AFK), ebenfalls Parlamentarier. Andere Parlamentarier wie Herr Daus von der AHP distanzieren sich von dem ADS, dessen „wertvollster“ Beitrag bisher die Organisation von Schlägertrupps am Mittwoch und Donnerstag war. Die Redaktion schlägt dem ADS vor, sich umbenennen in Aktionskomitee reaktionärer Schläger (ARS).

AFK und die Wahrheit

Zitat aus einem vor anderthalb Wochen verteilten Flugblatt der „AFK“, „Aktionsgemeinschaft Frankfurter Korporationen“: Dieses Studentenparlament denkt an sich selbst zuerst: Am 13. Februar erhöhte es die Aufwandsentschädigung für die ASIA-Referenten von 270 auf 480 DM. Jeder von ihnen hat das zu bezahlen.

Erstens profitiert das SP nicht von höheren Aufwandsentschädigungen der Referenten, und zweitens wurden die Aufwandsentschädigungen der Referenten gar nicht erhöht, sondern betragen nach wie vor 100 bis 200 DM.

„Satzungsdiskussion“

Der Senat schlägt der Studentenversammlung in einer außerordentlichen Kommission über die vorliegenden Satzungsentwürfe zu diskutieren und davon ausgehend einem Satzungsgebenden Konzil einen Vorschlag für eine Übergangssatzung zu unterbreiten. Dabei gibt's nur einen neuen Entwurf, den der Studentenschaft, Die „Vorschläge“ vom Senat und andern Lehrenden unterscheiden sich von einer Beschreibung des augenblicklichen Zustands der Uni fast nur dadurch, daß sie zwei oder vier studentische Vertreter in Senat und Fakultäten schicken wollen. Die studentische Satzung (Arbeitsentwurf) ist als ASIA-Info-Sonderdruck erschienen.

Studententag

Studenten- und Schülerkongreß am 1. und 2. Juni 1968 in Frankfurt an Ostern: Für jede direkt demokratische Regierung kann es in Zukunft nur schlimmer kommen. Was tun? Noch eine weitere freundlich rot beflaggte Demonstration wie in Bonn? - Welchen Sinn konnte und kann ein Streik an der Universität haben?: Die Universitätsangehörigen zeigen, daß sie sich nicht ohne Reibungsverluste in einen Betrieb, der technologisch verwertbares Wissen produziert, einplanen lassen wollen; sie geben den Arbeitern die von ihnen Gewerkschaftsfunktionen des politischen Streiks entlehnt wurden, ein Beispiel; sie zwingen den einzelnen mausgrauen, politisch indifferenten, Studenten und Professor, sich endlich und zum erstenmal politisch zu entscheiden, wobei die linken Studentengruppen die solche Entscheidungen erzwingen, davon ausgehen, daß der Schritt vom unpolitischen Studenten zum politisierten Studenten größer ist als der vom zunächst nach rechts verprellten zum linken. Denn wer jetzt sein unbestrittenes Recht individuellen freien Zugangs nicht zurückstellt, entscheidet sich für die NS-Gesetze. Auch wenn es rechten Schlägertrupps gelang, durch die Streikpostenkäthen

Der Zeitplan des Kongresses soll etwa folgendermaßen aussehen: Samstag, 1. Juni: ab 11 Uhr Forumdiskussion: Pressekonzentration und Parlamentarismus
Parlamentarismuskritik mit Beiträgen von Agnoli, Brückner, Habermas, Kogon, Lohmar (angefragt), Mitscherlich, Moersch (angefragt), Springer (angefragt) und Wolff.
Sonntag, 2. Juni: ab 10 Uhr Forum: Hochschulpolitische Konsequenzen des Widerstandes. Gleichzeitig legt der Schülerkongreß mit dem Thema: Organisation der Schülerrevolle mit Beiträgen von Abendroth, Caruso, Negt, Nitsch und v. a.
Ab 15 Uhr Kongreß: Organisation politischen Widerstands in Schule, Hochschule und Betrieben mit Schülern, Studenten, Arbeitern und Angestellten.

durchzubrechen, wurden jene Ziele nicht betroffen. Solange der Uni-Streik bei uns noch nicht wie in Frankreich zur guten Tradition geworden ist und wenn er nach Verabschiedung der Notstandsgesetze kaum mehr Vorbild-Funktion für die Arbeiter haben kann, sollte er freilich wesentlich dazu dienen, die Zeit zur Verfügung zu stellen, die der Studentenredend die Menschen um sie herum aufklären über die geringen ihnen verbliebenen Rechte, das der Wahl etwa. Zeigt euch erneuten Streik, daß ihr euch der Verplanung verweigert!

Da wir eine große Zahl von auswärtigen Gästen erwarten, brauchen wir für die Pfingsttage Quartiere. Bitte, wendet Euch an den ASIA, wenn Ihr über Quartiere verfügt. Außerdem brauchen wir eine große Zahl von freiwilligen Mitarbeitern zur Organisation. Organisationsbesprechungen finden täglich um 18 Uhr im ASIA statt. Jedermann ist eingeladen.

Nach der 2. Lesung

Der Bundestag hat in zweiter Lesung die Notstandsverfassung angenommen. Jetzt soll mit den Alliierten verhandelt werden, damit sie die Rechte, die sie sich in Art. 5 Absatz 2 des Deutschlandvertrages zum Schutz ihrer Streitkräfte vorbehalten haben, abgelöst werden. Laut Hessischem Rundfunk erklärte ein alliierter Diplomat, der ungenannt bleiben wollte, die Beschlüsse des Bundestages enthielten Bestimmungen, die die Alliierten nicht gefordert hätten. Das zeigt, wie falsch die Bundesregierung gespielt hat, als sie jahrelang behauptete, die von ihr geforderten Vollmachten seien nötig, um die alliierten Vorbehaltsrechte abzulösen.

Doch ist das nur ein Symptom. Die Regierung hat schließlich auch seit zehn Jahren Kriege und Naturkatastrophen an die Wand gemalt, während es ihr doch vor allem um Machtmittel gegen den „inneren Feind“ geht. Wer ist nun der „innere Feind“? Alle Leute, denen man andichten kann, sie würden die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ oder gar den „Bestand des Staates“ gefährden. Beispiel: Innenminister Benda erklärte kürzlich, der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) sei verfassungswidrig; das Zitat, auf das er sich dabei stützte, hat sich inzwischen als eine Verfassungsschutz-Ernte herausgestellt. Morgen kann es eine andere Gruppe sein, wenn sie den Leuten nicht paßt, die meinen, die Freiheitlich-demokratische Grundordnung in Erbschaft zu haben. Der Staatsapparat hat dann laut Notstandsverfassung folgende Waffen: 1. Der gesamte Post- und Telefonverkehr von einzelnen oder von Gruppen kann überwacht werden, ohne daß es den Betroffenen mitgeteilt wird. Erfahren sie es zufällig, so ist die Anrufung eines unabhängigen Gerichts nicht möglich. Was soll die Nachprüfung durch ein „parlamentarisches Kontrollorgan“, in dem die CDU die meisten Sitze hat (und nach 1969 gar die absolute Mehrheit)? Der Betroffene muß nicht einmal verdächtig sein, gegen die Freiheitlich-demokratische Grundordnung zu arbeiten; es reicht, daß die Überwachungsmaßnahme dem Schutz dieser Ordnung dient. (Einschränkung von Art. 10 GG.)

2. Das Grundrecht der Freizügigkeit kann eingeschränkt werden (Art. 11 GG). Gewissen Personen kann verboten werden, irgendwelche Orte zu betreten oder sie zu verlassen, was im Extremfall auf die Verhängung von Hausarrest hinausläuft. Die Generalprobe eines solchen Falles geschah kürzlich in Frankfurt, als eine Demonstration stattfand und zufällig Rudi Dutschke auf dem Flughafen eintraf; man nahm ihn fest. Damals noch nicht legal, wird das künftig vom Gesetz gedeckt sein. Mißbillige Oppositionelle können so aus dem Verkehr gezogen werden.

3. Die Bundeswehr kann die Polizei beim Schutz „ziviler Objekte“ und zur Bekämpfung „von Gruppen militärisch bewaffneter Aufständischer“ unterstützen. Sie ist dabei nicht einmal auf die polizeilichen Waffen beschränkt. Wenn die Behörden zum Beispiel einen Sitzstreik, der symbolisch die Auslieferung von Springer-Zeitungen verhindern soll, als Gefahr für den Bestand des Staates ansehen, können die Streitkräfte kriegsmäßig dagegen vorgehen („zivile Objekte“). (Art. 87a Absatz 3.)

4. Wehrpflichtige können nicht nur zu den Streitkräften, sondern auch zum Bundesgrenzschutz und zu einem Zivilschutzverband verpflichtet werden. Darüber hinaus können sie zu zivilen Dienstleistungen (auch zur Polizei und zur Wahrnehmung sonstiger hoheitlicher Aufgaben) zwangsverpflichtet werden. In Friedenszeiten ist die Teilnahme an Ausbildungsanstaltungen vorgesehen, wodurch die Eingrenzung in Art. 88a, daß zur Zwangsverpflichtung zuvor mit Zwei-Drittel-Mehrheit des Bundestages die Spannungszeit festzustellen sei, im Effekt aufgehoben ist. Beispiel: oppositionelle Studenten können zur Ausbildung in Rüstungsbetrieben verpflichtet, kritische Arbeiter zur Ausbildung in der Polizei gezwungen werden. Hinzu kommt, daß ohne jeden Bezug zu Spannungs- oder Verteidigungsfall durch den Beschluß eines internationalen Organs im Rahmen eines Bündnisvertrages (zum Beispiel Nato), an dem die Bundesregierung entscheidend mitwirkt, allgemeine Dienstverpflichtungen ausgesprochen werden können. Der Bundestag hat zwar ein Aufhebungsrecht, aber würde die CDU-Fraktion einem von ihrer eigenen Regierung initiierten Nato-Beschluß widersprechen? Das Aufhebungsrecht des Bundestages ist deshalb praktisch illusorisch.

5. Nach einer Einfügung in Art. 9 Abs. 3 GG sind nur Arbeitskämpfe geschützt, die „zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geführt werden“. Jeder Streik, der einen politischen Anstrich hätte oder dem man politische Motive unterschieben könnte, wird damit praktisch zum Fall des inneren Notstandes erklärt, gegen den dann Polizei und Streitkräfte kriegsmäßig vorgehen dürfen. Den Arbeitnehmern wird damit die letzte Waffe aus der Hand geschlagen, mit der sie etwa einer schleichenden oder offenen Entwicklung zum autoritär-faschistischen Staat ein Ende bereiten könnten.

All diese Grundrechtsaushöhlungen werden schon mitten im Frieden wirksam. In welchem Ausmaß sie praktiziert werden, hängt nur davon ab, wie weit die Formierungs- und Kasernierungsintendenzen im Produktionsbereich offen zulage treten und in welchem Ausmaß die öffentliche Gewalt die Durchsetzung ökonomischer Herrschaftsansprüche mit zentraler Arbeitssteuerung und Unterdrückung der politischen Opposition garantieren muß. Der totale Umbau der Staatsorganisation, des Bund-Länder-Verhältnisses und die weitere Einengung der Grundrechte im Verteidigungsfall ist dann schließlich nur die konsequente Weiterentwicklung des künftigen Normalfalls. Jeder Bürger, der Freiheit und Demokratie für unabdingbare Werte hält, steht jetzt vor der Entscheidung, ob er in der Hoffnung, es werde ja nicht gerade ihn treffen, in die innere Emigration gehen will, oder ob er sich den Kräften anschließt, die der Umstülpung des Grundgesetzes aktiven Widerstand entgegensetzen. Diese Entscheidung kann, wenn man die künftige Rechtslage realistisch einschätzt, nicht zweifelhaft sein. Denn welcher Liberale oder Sozialist, welcher Christ oder Gewerkschafter weiß schon, ob er nicht morgen abgehört, diensverpflichtet, unter Hausarrest gestellt oder bei einem Streik zusammengeschossen wird? Und so wichtig wie die eigene sollte die Freiheit des anderen sein.

Theo Schiller

Linke Studenten gewinnen bei Fachschaftswahlen

Am 8. und 9. Mai fanden Vollversammlungen der wirtschaftswissenschaftlichen und der juristischen Fachschaften statt. Bei den Wirtschaftswissenschaftlern kandidierten erstmals mehrere Kandidaten einer politischen Hochschulgruppe, die sich mit einem geschlossenen Wahlprogramm den Wählern vorstellten. Der Liberale Studentenbund Deutschlands hatte vor der Wahl in über 1000 Flugblättern der alten Fachschaft mangelnde Arbeit vorgeworfen. Seine vier Kandidaten erklärten, daß es unmöglich sei, bei „Sachfragen“ von politischen Ursachen und Konsequenzen abzusehen. Eine Fachschaft könne sich nicht als unpolitisch verstehen.

Neben den vier Kandidaten des LSD kandidierten noch ein Vertreter der Humanistischen Studenten Union (HSU) sowie sechs unabhängige Studenten, von denen ein Teil sich als linksstehend

bezeichnete. Bei den Wahlen wurden drei Vertreter des LSD (Harring, Schmidt, Noll), Lange von der HSU sowie Meeth, Otto, Jaennert, Veith und Krietsch gewählt.

Auf der ersten Fachschaftsvertreterversammlung wurde Rainer Harring, der bisherige Landesvorsitzende des Liberalen Studentenbundes, als Fachschaftssprecher gewählt. Die Fachschaftsvertreter wählten als Stellvertreter Hermann Lange und als Parlamentsvertreter Hejo Otto. Auf einer der folgenden Sitzungen wurde beschlossen, in Zukunft ein Mitteilungsblatt „Wiso-Informationen“ als Flugblatt mit aktuellen Fachschaftsnotizen herauszubringen. Eine erste Ausgabe wird demnächst erscheinen. In einer der folgenden Ausgaben wird die am 7. Mai vom Studentenparlament verabschiedete neue Fachschaftsordnung allen Studenten der Wiso-Fakultät zugänglich gemacht werden.

Bei den Wahlen zur juristischen Fachschaft kandidierten mehrere Vertreter des LSD (6) und des RCDS (5) sowie je ein Vertreter des SDS und des SHB und ein Unabhängiger. Es wurden sechs Vertreter des Liberalen Studentenbundes, ein Vertreter des RCDS und des SHB und ein Unabhängiger gewählt. Der Vertreter des SDS und vier der fünf RCDS-Vertreter konnten nicht genügend Stimmen auf sich vereinigen. Da zur Zeit eine Wahlführung durchgeführt wird, kann vor der Entscheidung des Ältestenrats dieses Ergebnis nur als vorläufig gelten. Zum Fachschaftssprecher der juristischen Fachschaft wurde Heinrich Schacht (LSD) gewählt. Im Parlament wird die juristische Fachschaft durch Klaus Bükler (LSD) vertreten.

Die Ergebnisse der beiden Fachschaftswahlen zeigen sehr deutlich, daß von einem angeblichen Trend nach rechts in der Studentenschaft nicht die Rede sein kann. Es zeigt sich, daß Trends an anderen Universitäten nicht einfach auf Frankfurt übertragen werden können. Die linken Studentenverbände haben einen eindeutigen Vertrauensbeweis durch die Wähler erhalten.

Gesucht wird . . .

Fräulein N. C. ist Italienerin. Sie legte in Mailand das Abitur ab, anschließend in Paris das „deuxième partie“, um damit den Leistungsnachweis für eine deutsche Universität zu erlangen.

Fräulein N. C. kam nach Frankfurt, um Germanistik zu studieren. Nachdem ihre Bewerbungsunterlagen geprüft wurden, bekam sie die Nachricht, daß die Immatrikulation von dem Inspektor der Universität, Herrn Reichhard, mit der Begründung abgelehnt wurde, daß sie hällianische Staatsbürgerin sei und für ihn die Nationalität, nicht der Leistungsnachweis entscheidend sei. Fräulein N. C. müsse sich also hier in Deutschland erst einen adäquanten Nachweis erwerben, bevor sie das Studium beginnen könne. Obwohl sich darauf hin auch die Sekretärin des Studienkollegs für Fräulein N. C. einsetzte und Herr Reichhard auf seinen Irrtum hinwies, blieb der Inspektor bei seinem Beschluß. Fräulein N. C. wandte sich in ihrer Ratlosigkeit an Herrn H., einen deutschen Bekannten, der selbst Student der Universität Frankfurt ist. Auch Herr H., wies Herr Reichhard darauf hin, daß in diesem Fall ein Irrtum vorliegen müsse, da französische Kommilitonen mit demselben Leistungsnachweis, dem „deuxième partie“, ohne Schwierigkeiten in Deutschland studieren können. Aber der Inspektor blieb bei sei-

nem Beschluß mit der Begründung, daß er eine Bestimmung der „Westdeutschen Rektorenkonferenz“ befolge, nach der er bereits seit 20 Jahren handle, die er allerdings nicht zitieren könne, da sie unter das Amtsgeheimnis falle. Herr H. erkundigte sich umgehend telefonisch bei den zuständigen Beamten der Konferenz und der Kultusministerkonferenz nach der Richtigkeit der Bestimmung, die allerdings diese angebliche Bestimmung nicht kannten und sie als widersinnig bezeichneten. Herr H. berief sich bei Herrn Reichhard auf diese Auskunft. Darauf versprach der Inspektor, Fräulein N. C. sofort, auf der Stelle, aufzunehmen, man möge sie sogleich zu ihm schicken. Herr Reichhard hat nach seinen eigenen Angaben Ausländer seit 20 Jahren beneidet und sie in ihrer Ausbildung behindert. Niemand kann garantieren, daß er in Zukunft seine Gepflogenheit ändern wird. Es soll daher gegen den Inspektor eine Dienstaufsichtsbeschwerde erlassen werden, denn die Beschwerden über Herrn Reichhard häufen sich.

Gesucht werden Studentinnen und Studenten, die ähnliche Fälle erlebt haben, oder denen solche bekannt sind. Bitte fertigen Sie ein Protokoll an und schicken Sie es an die Redaktion dieser Zeitung.

Mitbestimmung am Arbeitsplatz

Im Winter wurde die offizielle Diskussion mit dem Senat über die Satzungs-, speziell Drittparitätsproblematik wegen ihrer Erfolglosigkeit abgebrochen. Ist eine völlige Resignation der Studenten gegenüber diesem guten Dutzend herrschenden Ordinalen angebracht? Haben eigentlich ein solches enttäuschendes Erlebnis gehabt? – Bislang fand die Auseinandersetzung auf einer einzigen Ebene statt, zwischen den höchsten Gremien der Universitätsbürokratie (Rektor, Senat) und der Studentenschaft (ASIA, politische Gruppen). Gibt es aber nicht eine dem einzelnen Studenten sehr viel näher, erfahrbarer liegende Ebene möglicher Auseinandersetzung um seine Interessen: Institut, Sektion, Fakultät? Verlagert die Ebene des Interessenkampfes, verhandelt mit Assistenten und Professoren eines Seminars oder Instituts über eine Ablösung der unkontrollierten Verfügungsgewalt der Institutsdirektoren, eine direkte Wahrnehmung eurer Interessen in einem drittparitätlich besetzten Institutrat! Daß ihr Erfolg haben könnt, zeigen die Institutsräte an der AFE. Erkundigt euch im ASIA! Nehmt eure Sache selber in die Hand!

LESERBRIEFE

Sehr geehrte Herren!
In Nr. 20 der „asta information“ der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität kritisieren Sie unter der Überschrift „Selbstzensur“ eine angebliche Nachrichtenmanipulation der „Frankfurter Neuen Presse“ in der Ausgabe vom 16. April. Zur Klarstellung lege ich Ihnen folgendes mit: Die aktuellen Seiten der FNP sind am Abend und in der Nacht zum 16. 4. wegen der ständig eintreffenden neuen Nachrichten mehrmals geändert worden, um dem Leser den jeweils neuesten Stand mitzuteilen. Infolgedessen mußten die Druckmaschinen auch mehrmals anhalten werden. Als mir als Chefredakteur der FNP die ersten Andruck-Exemplare der ersten Ausgaben übergeben wurden, habe ich festgestellt, daß eine von mir auf dem Korrektur-Abzug verfertigte Änderung der Schlagzeile nicht berücksichtigt worden war. Daraufhin habe ich das Anhalten des gerade eingeleiteten Druckvorgangs verfügt. Bei dieser Gelegenheit wurde ich auf den von

upi berichteten Vorgang „Polizei greift hart durch“ aufmerksam. Auf meine Frage, ob diese Darstellung von unseren eigenen Reportern bestätigt werden könne, erhielt ich eine verwirrende Antwort. Infolgedessen hielt ich es für notwendig, daß die upi-Meldung, die sich nicht auf eigene Beobachtungen, sondern auf Augenzeugen-Berichte berief, durch die Recherchen unserer eigenen Redakteure und Reporter ausgetauscht wurde. Wir waren der Überzeugung, daß gegenüber einer nicht voll zu verifizierenden Agentur-Meldung die aus eigener umfangreicher Beobachtung selbst recherchierte Meldung vorzuziehen sei, wie es journalistischer Übung und Sorgfaltspflicht entspricht. Ihre sonstigen Unterstellungen weise ich auf das schärfste zurück. Die Redaktion der „Frankfurter Neuen Presse“ ist der Meinung, daß sie über den ASIA, dessen Erklärungen und Veranstaltungen die Öffentlichkeit stets ob-

jektiv und fair informiert hat. Es wäre auch auf Ihrer Seite fair, wenn Sie in der nächsten Nummer der „asta information“ die von uns gegebene Klarstellung Ihren Lesern zur Kenntnis bringen würden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Robert Schmelzer
Chefredakteur
Frankfurter Neue Presse

Ann. d. Redaktion: Es tut uns sehr leid, daß die FNP so schlechte Reporter hat, die nichts von den brutalen Aktionen bemerken. Oder war es doch Absicht?

asta information
Erscheint monatlich während des Semesters in 10 000 Exemplaren
Herausgeber: Das Parlamentarisdium
Redaktion: Jochen Noll (verantwortlich),
Voll Feger
Anschrift d. Redaktion: Frankfurt a. M.,
Jügelstraße 1, Telefon 7 99 31 02
Anzeigen: Werner Dörmig
Geezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber dar.
Druck: Druck- und Verlagsanstalt
Frankfurt a. M. GmbH, Frankfurt a. M.

Berstände, über die Frage
lesungsstreiks als Vertre-
Nat. Fakultät abzustim-
gez. Zehnder

AHP): Die AHP wird den
rat ersuchen, zu klären,
it Parlamentsbeschlüsse
Mitglieder dieses Parla-
bindend sind. Und weiter,
Maßnahmen es gibt, Ver-
jegen Beschlüsse zu ahn-
gez. Göbel

berg (RCDS): Ich habe ge-
trag Hartmann gestimmt,
für einen Streik nur eine
ation gibt: Urabstimmung.
Urabstimmung ein Streik
rheit beschlossen würde,
ich mich als Arbeitnehmer
isch erklären.

gez. H. J. von Freyberg

einem demokratischen Staat
schärfstens zu verurteilen sind.

5. Bei einem Teil der Bevölke-
rung wurden sehr gefährliche
Sympathien für die Anwendung
des Faustrechts erzeugt und eine
Solidarisierung erreicht, deren
Auswirkung nicht abzusehen ist.
gez. v. Freyberg

Bechmann: Antrag auf Nichtbe-
fassung.

v. Freyberg: Gegenrede. Das
führt dazu, daß man einer Ab-
stimmung, die gegen den Ab-
stimmenden verwandt werden
kann, aus dem Weg geht.

Abstimmung: 11:6 bei 2 Enthalt-
ungen. Antrag wird nicht befaßt.

**16. Ordentliche Sitzung
vom 28. 5. 1968**

Antrag 16/1

Der AstA wird beauftragt, den
Studenten- und Schülerkongreß
und die Arbeit des Organisations-
ausschusses vorbehaltlos zu un-
terstützen. Dies betrifft insbeson-
dere den freien Zugang zu den
AstA-Räumen bei Tag und Nacht
ab Mittwoch und die Gestellung
von technischen Einrichtungen
(Telefon, Schreib- und Viervielfät-
tigungsmaschinen) und notwendigem
Organisationsmaterial.

Über die Kosten ist vom Organi-
sationsausschuß in Zusammen-
arbeit mit dem Finanzreferenten
Rechnung zu legen.

Das Parlament fordert die Stu-
dentenschaft und die politischen
Hochschulgruppen zur aktiven
Unterstützung des Kongresses
auf. Der AstA hat dies in geeig-
neter Form an die Öffentlichkeit
zu bringen.

angenommen

Antrag 16/2

Das SP erklärt sich solidarisch
mit der Aufforderung des Streik-
komitees, den am Freitag letzter
Woche begonnenen Streik am
Montag in der Besetzung fortzu-
führen und den Produktionsbe-
trieb Universität für eine Woche
zur politischen Universität zu ma-
chen. Es hat sich erwiesen, daß
sich ein Großteil der Studenten
der politischen Funktion der
Wissenschaftsproduktion bewußt
sind, indem sie bereit sind, aktiv
den Widerstand in praktischer
Agitation und wissenschaftlicher
Reflexion zu leisten. Das Studen-
tenparlament bedauert das unpo-
litische Verhalten einiger Studen-
ten in der Nacht vom Montag auf
Dienstag im Rektorat und begrüßt,
daß das Streikkomitee zukünftig
im Bewußtsein der politischen
Funktion der Besetzung diese or-
ganisiert. Das SP ruft alle Studen-

einzig adäquate Reaktion auf die
autoritäre Entscheidung von Rek-
tor und Senat, als radikalkonser-
vative Minderheit die Masse der
Studenten und Lehrkräfte vom
Universitätsbetrieb auszuschlie-
ßen. Das Parlament sieht in der
Entscheidung des Senats den
Versuch, die demokratische Not-
standsopposition an der Univer-
sität Frankfurt bei der Organisa-
tion des Widerstands massiv zu
behindern. Das Parlament ruft die
Studentenschaft auf, sich an den
Seminaren, Aktionen und Agita-
tionen vor den Betrieben in die-
ser Woche zu beteiligen, in denen
die kritische Universität modell-
haft antizipiert wird.

13 ja, 6 nein, 4 enthalten,
angenommen

Zusatzantrag 16/4

Das SP betont, daß es das unpo-
litische Verhalten einiger Studen-
ten im Rektorat in der Nacht vom
Montag auf Dienstag, 27./28. 5.,
bedauert, da dieses die politische
Funktion der Besetzung gefährdet
und deren Vermittlung in Frage
stellt.

Hartmann (LSD)

14 ja, 9 nein, 1 enthalten,
angenommen

Antrag 16/5

Das SP begrüßt, daß die Frank-
furter Johann-Wolfgang-Goethe-
Universität während der Dauer
der Kritischen Universität in „Karl-
Marx-Universität“ umbenannt
wird. Damit wird die Umfunktio-
nierung der Universität zu einer
praktisch-politischen Aktionsba-
sis der kritischen Studenten, Ar-
beiter und Schüler deutlich.

14 ja, 6 nein, 3 enthalten,
angenommen

Persönliche Erklärung

Es liegt kein Beschluß des Fach-
schaftsrates der phil. Fakultät dar-
über vor, ob die Fachschaften da-
mit einverstanden sind, die Jo-
hann-Wolfgang-Goethe-Universi-
tät in Karl-Marx-Universität um-
zubenennen. Ich sehe mich nicht
in der Lage, in dieser Frage ohne
Anhören des Fachschaftsrates zu
entscheiden. Deshalb enthalte ich
mich.

gez. Dörr (phil.)

asta information

Erscheint jeden zweiten Donnerstag
im Semester in 10 000 Exemplaren
Herausgeber: Das Parlamentspräsidium
Redaktion: Jochen Noll (verantwortlich),
Velt Feger
Anschrift d. Redaktion: Frankfurt a. M.,
Jügelstraße 1, Telefon 7 98 31 82
Anzeigen: Werner Dömming
Gezeichnete Beiträge stellen nicht
unbedingt die Meinung der
Herausgeber dar
Druck: Druck- und Verlagshaus
Frankfurt a. M. GmbH., Frankfurt a. M.



Bahman Nirumand:
Die Avantgarde
der Studenten
im internationalen
Klassenkampf

Bernhard Schütze:
Widerstand an Spaniens
Universitäten

Carlo Donolo:
Theorie und Praxis der
Studentenbewegungen
in Italien

Dossier 1:
Studenten in Prag

Dossier 2:
Warschauer Bilanz

Heinz Rudolf Sonntag:
Versuch über die
lateinamerikanischen
Universitäten

X.X.:
Brief aus Brasilien

Dossier 3:
Politische Kriegsdienst-
verweigerung am Beispiel
Norwegens und der USA.
Zusammengestellt von
Hans Magnus
Enzensberger

Walter Kreipe:
Studenten in Frankreich
Hintergrund u. Potential
einer politischen
Bewegung

Oskar Negt:
Studentischer Protest —
Liberalismus —
„Linksfaschismus“


Hans Magnus
Enzensberger:
Berliner Gemarkplätze
(Supplement)

Adressen
Progressiver
Studentenverbände

Anzusehen im Taschen-
buchladen Naecher im
Studentenhaus Jügelstr.
www.frankfurt-uni68.de

LAUS
namentlich“
bis Anfang Juli
JS LÜPKE
81, Telefon 06 11 / 28 25 39

nslik
ASTA-INFO
12.-

**AKADEMISCHE
BUCHHANDLUNG**  **WÖTZEL**
MEDIZIN • Zahnmedizin • Psychologie • NATURWISSENSCHAFTEN
6 Frankfurt/Main-Süd, Paul-Ehrlich-Str. 24 / Ecke Vogelweidstr.
Telefon 68 24 30 und 61 26 57
Tatsächlich alles, was der Mediziner braucht und wünscht,
findet er bei uns in Sekundenschnelle!
Großes Antiquariatslager moderner Auflagen, deren Eignung
wir überprüfen.
stets: informiert • schnell • sorgfältig • leistungsfähig

archiviert von: Rechtsanwalt H. Riehn

achhin gesagt werden, denn von stration war die Aufforderung erlungen über die Notstandsgesetz n (freilich wurde die Möglichkeit gehende Versuche wurden nieder- die Rede von der Verweigerung r eine positive Aufgabe gestellt ikunwilligen Studenten beim Be- mit Gewalt — als Vorbild für die ernen Streik als einziger wirkliche und freie Zeit für die Agitation dt, denn „es ist zu spät zum Dis-“.

Wortführer keine Distanz zu den an Ihrer Reaktion auf die Aus- sch den Rektor. Statt aufgrund der it für die Agitation“ dankbar zu wie hart zwar nicht die politische i zentraler Grund für den Streik urde; die indifferenten Studenten r den fortgeschrittenen in eine igezungen und dadurch politisch as Ende der Kampfsituation ließ ufzufangen, sprach man jetzt von ung, die erst dann gerechtfertigt n stattfänden, das Semester oder en. (Der einzige, der nicht in das ar der gewiß unverdächtige Theo-

n, war eine Maßnahme des Rek- tudenten wurden nicht gefragt — jsforderungen entsprochen hätte. zt den Kommandoposten. (Haben k den Rektor gefragt?) Wie aber indoposten? — Die ursprüngliche Notwendigkeit massenhafter Auf- jilt noch eingeschränkt, weil setzung“ gebunden sind. Symb- icht viel, wenn man weiß, daß der ääude noch immer seines Amtes Informationen über die Besatzer chender Grund für die Form der einen finden: Einübung antiautori- rhaltens. Die Notstandsgesetzge- Blickfeld, die Zahl der Betriebs- r. Zu unserem Glück öffnen einige ie erste wieder real (hochschul)- e Form der Rektoratsbesetzung den Vorwand liefern, Polizei zu am Freitag spricht Hans Jürgen eit plebiszitärer Kontrolle“. Kritik von Negt, nicht die des LSD solche Wandlung. — Daß die ernalb einer hochschulpolitischen gt sich an dem Versäumnis, ulti- rkommissionen“ anzudrohen für den inistration weiterhin den berech- ngen der Studenten sich versagt. Veit Feger

vo. ilig zu,
anbot —
hende folgen.

orbehaltlos zugreifen, sie
ihre gesundheit.

ine für ihr studium

alle schmidt

- getränke
ni - jügelstraße

OLLINGER

darf - Drucksachen
Schreibmaschinen in Miete
ietkauf —

- BEDARF

eschenke - Büro-, Zeichen- und
ularikat

antithese zur politischen univer- sität darstellt. gegenstandslose malerei und plastik ist, vergleicht man sie mit literarischen inhalten expressionistischer kunst der 20er jahre oder der heute in amerika herrschenden popart, explizit un- politisch, maßt sich nicht an, un- mittelbar politische machverhält- nisse ändern zu wollen, sie ver- hält sich lediglich antithetisch zu den etablierten kunstrichtungen und institutionell fixierten formen, sie betreibt die aufhebung des autonomen tafelbildes durch die entfallung von systematischen zusammenhängen zwischen den einzelnen objekten. das einzelne bild versteht sich nur noch als ein teil des ganzen, das ganze bekommt ausmaße, die sich nicht mehr in die privatsphäre einer

serve der museen ist ein objek- tives problem der aktuellen kunst, dem die studiogalerie in- sofern in weiterem sinne gerecht werden wollte, als sie von fiebig eine plastik für die teach- ing wiese herstellen ließ, so daß eine optimale öffentlichkeit, die sich zumindest auf die gesamte studentenschaft beziehen würde, mit dieser konzeption konfrontiert worden wäre. dieses aus- maß an öffentlichkeit ist von zwei seiten verhindert worden, das leitmotiv war jeweils „sicher ist sicher“ oder „keine experi- mente“, so daß nun die begehr- bare faltung aus verzinktem ei- senblech mit den ausmaßen 5 mal 6 m, in dem zu kleinen garten des studentenhauses montiert worden ist. B.

Naturwissenschaftler und Notstand

Die unterzeichneten Professoren, Assistenten und Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät protestieren gegen die über- stürzte zweite und dritte Lesung der Notstandsgesetze im Deut- schen Bundestag.

Sie erinnern die Abgeordneten daran, daß sie Vertreter des deutschen Volkes sind. Sie haben bei Abstimmungen nicht dem Fraktionszwang, sondern allein ihrem Gewissen zu folgen.

Die vorliegende Form der Ge- setze schränkt die im Grund- gesetz verankerten Grundrechte der Bürger auf untragbare Weise ein. Wir werden für uns das Grundrecht auf demokratischen Widerstand gegen dieses Gesetz in Anspruch nehmen.

Wir verweisen auf das Ihnen zu-

gehende Arbeitsblatt von Herrn Professor Fetscher und Herrn Professor Bilz.

gez.:

- Prof. Dr. Dänzer
- Prof. Dr. Müser
- Prof. Dr. Pilkuhn
- Prof. Dr. Schopper
- Priv. Doz. Dr. M. Huber
- Dr. W. Dreybrodt
- Dipl. Phys. D. Bimberg
- Dipl. Chem. R. Blank
- stud. nat. W. Riedel
- stud. nat. Roeder

und weitere 270 Professoren, Assistenten und Studenten der Naturwissenschaftlichen Fakultät. Telegraphisch übermittelt dem Präsidenten des Deutschen Bundestages mit der Bitte um Weiterleitung an die Abgeordneten. i. A. Dipl. Phys. D. Bimberg

LESERBRIEFE

„Pseudobiologen“ asta informa- tion 23

Sehr geehrte Redaktion!

Als ehemaliger Pseudobiologe kann ich die unbewiesenen Vorwürfe und Angriffe gegen diese Species des Homo sapiens nicht unwidersprochen hinnehmen — verdient der Pseudobiologe doch eher Mitleid und Schutz als Vogelfreiheit.

Zu den Behauptungen: 1. Zu der Eignungsprüfung meldet man sich vernünftigerweise nach dem ersten Semester, da nur ein Semester Biologie auf das Medizin- studium angerechnet wird.

3. Wie viele Parallelkurse haben ben sich wirklich an biologischen Praktika beteiligt, und das im 1. Semester?! Ich persönlich war mit der Vorbereitung auf die Prüfung und den Pflichtvorlesungen voll ausgelastet.

3. Wie viele Parallelkurse haben die Pseudobiologen auf dem Ge- wissen? Um wieviel Einheiten ist die Qualität der Unterrichtsver- anstaltungen gesunken? In wel- chem Umfang hat das Personal an der Überbelastung durch die Pseudobiologen Schaden genom- men?

4. Seit wann gelangen nur zehn Prozent der Pseudobiologen an einen Arbeitsplatz in der Medi- zin? Zur Prüfung z. B. im SS 67 meldeten sich mehr als 1000, 30 Studenten, davon wurden 26 übernommen. Allerdings beste- hen auch von meiner Seite starke

trale Zulassungsstelle umgeht, das rettende Ufer für jemand, der z. B. trotz eines Zeugnis- durchschnitts von 2,5 und einem Jahr Bundeswehr über die Zent- rale Zulassungsstelle keinen Studienplatz erhielt; nur weil sein Vater leider kein Arzt ist und keine „Beziehungen“ hat. Der Computer der Zulassungs- stelle ist nämlich auch auf Bezie- hungen programmiert.

Fazit: Die biologische Fachschaft kann unmöglich feststellen, wie viele Biologen ihr Studium als Pseudobiologen beginnen, da darüber keine Unterlagen vor- liegen. Pseudobiologen sind nur diejenigen, die sich zur Eignungs- prüfung melden; wie viele davon den Biologen Plätze wegnehmen, bedarf einer genauen Klärung.

Die Fachschaft Biologie täte gut daran, die Pseudobiologen zu verstehen, anstatt sie unmotiviert anzugreifen; denn es wäre auch den Biologen nicht zu wünschen, daß sie kennenlernten, was Numerus clausus heißt, was es be- deutet, nicht das lernen zu dür- fen, wozu man sich entschlossen hat.

In der Zahl der Ausbildungsplätze besteht gerade bei den Naturwis- senschaftlern ein vom Staat ver- schuldeter Engpaß. Es ist daher in der gegenwärtigen Situation nicht mehr in sich recht und billig, wenn man dort etwas zusammen- rückt, wo es noch möglich ist, und nicht den Kommilitonen vor

(Farbfilm)

Freitag, 7. 6., 20 Uhr, mit Karten
Chorkonzert in Verbindung mit dem American Women's Club

Rutgers Glee Club

mit Werken von Poulenc, Schubert, Weber, Grieg sowie Spirituals, Folk Songs und Broadway-Melodien u. a.

Montag, 10. 6., 20 Uhr, mit Karten
Podiumsdiskussion innerhalb der Reihe „Frankfurter Europäische Gespräche“
Die amerikanische Wirtschaftspolitik und die EWG

Dienstag, 11. 6., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag in Verbindung mit den Junio- ren der Industrie- und Handelskammer
Allgemeine Systemanalyse — ein neues wirksames Mittel zur Theorie der Management-Entscheidungen
Sprecher: Professor Alfred Thimm, New York

Dienstag, 18. 6., 20 Uhr, keine Karten- bestellung möglich
Konzert im Palmengarten in Verbin- dung mit dem International Women's Club

Yale University Band

mit Werken von Händel, Mozart, Hinde- mith, Kabalevsky, Gershwin, Lecocq und Ginastera
Dirigent: Professor Keith Wilson

Dienstag, 18. 6., bis Sonntag 23. 6., mit Karten
Filmwoche in Verbindung mit dem Filmstudio der Universität Frankfurt und dem Deutschen Institut für Film- kunde, Wiesbaden

New American Cinema

— Underground-Filme aus den USA — Die Vorführungen finden im Amerika Haus und im Festsaal des Studenten- hauses, Jügelstraße 1, statt. (Beachten Sie bitte das Sonderplakat zur Festwoche)

Dienstag, 18. 6., 20 Uhr, mit Karten
Eröffnungsveranstaltung

New American Cinema

(Kartenvorbestellungen für die Auffüh- rungen im Studentenhaus können im Amerika Haus nicht entgegengenom- men werden)

Mittwoch, 19. 6., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag in Verbindung mit dem Amerika Institut der Universität Frankfurt und dem Athenäum-Verlag

The Uses of American English in Modern German Drama and Poetry

— Brecht, Ingeborg Bachmann, Benn —
Sprecher: Professor Dr. Hans Galinski, Mainz
Einführung: Dr. Martin Christadler

Freitag, 21. 6., 20 Uhr, mit Karten
Filmabend
New American Cinema

Donnerstag, 27. 6., 20 Uhr, mit Karten
Vortrag
Das Selbstverständnis der amerikanischen Demokratie
Sprecher: Prof. Dr. Willfried Steffani

Freitag, 28. 6., 20 Uhr, mit Karten
Film Work Shop
Wir sind keine Engel
mit Humphrey Bogart, Peter Ustinov, Aldo Ray u. a.

Öffnungszeiten der Bibliothek

montags und samstags 12.30 bis 17.30
dienstag bis freitags 12.30 bis 20 Uhr
sonntags geschlossen

Musikbibliothek

Nach telefonischer Vereinbarung

Filmabteilung

täglich 9 bis 12 und 14 bis 17 Uhr
außer samstags

Öffnungszeiten für Ausstellungen

montags 8.30 bis 17.30 Uhr
dienstags bis freitags 8.30 bis 20 Uhr
www.frankfurtunib8.de

Ausstellungen

ab 20. Juni in der Bibliothek

ASTA-INFO

anfragen von Rechtsanwälten H. Riehn